

# Bürgerbeteiligung zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Resümee der Veranstaltung am 15 November 2013

Der Einladung der Bremer Bürgerstiftung und des Bürgerschaftspräsidenten zu Vorträgen und Diskussionen zum Thema *Bürgerbeteiligung zwischen Wunsch und Wirklichkeit* folgten über 100 Bürgerbeteiligungsinteressierte. Politikerinnen und Politiker, Bürgerinnen und Bürger, sowie Verwaltungsmitglieder waren gekommen, um sich über dieses kontrovers diskutierte Thema auszutauschen. Dass bei diesem Thema ein Spannungsfeld zwischen den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und den realen Möglichkeiten existiert, war nicht nur Inhalt der Vorträge, sondern wurde auch direkt vor der Veranstaltung sichtbar: Bürgerinitiativen u.a. aus Walle verließen ihrem Frust Ausdruck und demonstrierten vor dem Eingang mit Plakaten und Forderungen, wie „Bürgerbeteiligung ernst nehmen“.

Insgesamt wünschen sich Bürgerinnen und Bürger mehr und bessere Beteiligung. Diese Forderung müsse erhört werden, betont der Vorstandsvorsitzende der Bürgerstiftung Christoph Hoppensack in seiner Begrüßung. Der Bürgerschaftspräsident Christian Weber stimmt dem in seinem anschließenden Grußwort zu, weist aber darauf hin, dass sich aber durch eine Protestkultur keine Einzelanliegen gegen die Anliegen der Gemeinschaft durchsetzen dürfen.

Warum die gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen notwendigerweise neue Beteiligungsformen hervorbringen müssen, stellte Prof. Dr. Peter Kruse in seinem Vortrag dar. Welche Hemmnisse und Chancen es in Bezug auf Bürgerbeteiligung in Bremen gibt, erforschte Marie Hoppe mit Hilfe von psychologischen Interviews. Die von ihr durchgeführte Studie wurde im zweiten Teil der Veranstaltung vorgestellt. In Form eines „Speed-Datings“ diskutierten alle Gäste miteinander über die Probleme, die sich aus der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger ergeben könnten, über die Chancen und Vorteile, sowie mögliche Ideen, wie Bürgerbeteiligung in Bremen noch besser funktionieren könnte. Die abschließende Podiumsdiskussion mit Peter Kruse, Marie Hoppe, Christoph Hoppensack und Staatsrat Wolfgang Golasowski verdeutlichte, dass die Zielsetzung Bürgerbeteiligung fest zu verankern zwar von vielen geteilt wird, aber über die konkrete Umsetzung Uneinigkeit besteht.

Insgesamt hat die Veranstaltung gezeigt, welche Herausforderungen zu meistern sind, damit sich der Wunsch nach Bürgerbeteiligung und die Umsetzung in der Wirklichkeit annähern. Ein wichtiger Faktor dabei ist die Verständigung zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung. Für das Mitwirken dazu im Rahmen dieser Veranstaltung sei allen Teilnehmern herzlich gedankt.

## Vortrag von Peter Kruse



Peter Kruse nahm die Gäste mit auf die Reise in eine systemische Sichtweise auf die jüngsten gesellschaftlichen Entwicklungen. Zum Abschluss gab er 10 Regeln für ein Aufrechterhalten des Stillstands beim Thema Bürgerbeteiligung mit auf den Weg:

Anregungen für Verwaltung...

1. Starten Sie Bürgerbeteiligung erst, wenn die Ausarbeitung vernünftiger Lösungsvorschläge bereits abgeschlossen ist.
2. Nutzen Sie Aktivitäten zur Bürgerbeteiligung so intensiv wie möglich, um für von Ihnen favorisierte Lösungen zu werben.
3. Weisen Sie die Bürgerinnen und Bürger immer wieder auf die Komplexität formalrechtlicher Rahmenbedingungen hin.

4. Vermeiden Sie Standardisierung von Beteiligungsprozessen und bündeln Sie auf gar keinen Fall die Verantwortlichkeiten.
5. Erarbeiten Sie in Bürgerbeteiligungsprozessen gemeinsam Lösungen und entscheiden Sie danach etwas ganz anderes.

Anregungen für Politik....

6. Nutzen Sie das Thema Bürgerbeteiligung in erster Linie als Profilierungswerkzeug für Ihre Person oder für Ihre Partei.
7. Stützen Sie das Vorurteil, dass sich Bürgerinnen und Bürger immer nur engagieren, wenn es um eigene Interessen geht.
8. Geben Sie der Bürgerbeteiligung öffentlich den Status einer heiligen Kuh und lassen Sie informell kein gutes Haar daran.
9. Bauen Sie vor Entscheidungen erst maximalen Zeitdruck auf, bevor Sie irgendeinen Bürgerbeteiligungsprozess beginnen.
10. Beschränken Sie die Bürgerbeteiligung so gut es geht auf einige wenige öffentlichkeitswirksame Leuchtturm-Projekte.

## Vorstellung der Studienergebnisse: Wertewelt Bürgerbeteiligung



Ziel der Studie: Einstellungen zur Bürgerbeteiligung sichtbar machen

Fragestellungen:

- Wie wird die Bürgerbeteiligung in Bremen bewertet?
- Gibt es Unterschiede zwischen Politik, Verwaltung und den BürgerInnen?
- Welche Hemmnisse und Chancen gibt es?

Methode: Computergestützte Interviews mit dem Nextexpertizer à 1,5-2 Stunden

Sample: 51 Personen davon jeweils 17 aus Politik, Verwaltung und BürgerInnen

Ergebnisse:

Es konnten drei unterschiedliche Wertegruppen ausgemacht werden.

1. Mehr Demokratie wagen (n= 28) – überwiegend BürgerInnen
2. Strukturierte Beteiligung (n= 11) – Politik und Verwaltung
3. Kompetenz Entscheidet (n= 12) – überwiegend Politik und Verwaltung in Führungspositionen

1. Mehr Demokratie wagen	2. Strukturierte Beteiligung	3. Kompetenz entscheidet
<b>Positive Themen:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>niedrigschwellige Formen der Beteiligung fördern</li> <li>Bürgerbeteiligung als Selbstverständlichkeit etablieren</li> <li>lokal vorhandenen Kompetenzen ernst nehmen</li> <li>Debatten öffentlich führen und Diskussionen zulassen</li> </ul>	<b>Positive Themen:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>politische Ohnmacht für innere Abkehr vorschieben</li> <li>dogmatisch an bestehenden Konzepten festhalten</li> <li>unkontrollierte Einflussnahme durch den Bürger</li> <li>spontanen Impulsen Einzelner Gewicht geben</li> </ul>	<b>Positive Themen:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>stellvertretend für das gemeinsame Wohl entscheiden</li> <li>einen tragfähigen Konsens über Gremien erarbeiten</li> <li>das Handeln tatsächlich an den Bürgern ausrichten</li> <li>Mehrheitsinteresse über geregelte Verfahren sichern</li> </ul>
<b>Negative Themen:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>über institutionelle Schranken Beteiligung verhindern</li> <li>formaldemokratische Prozesse ohne Beeinflussbarkeit</li> <li>die Bürger gezielt vor vollendete Tatsachen stellen</li> <li>in geschlossenen Räumen agierende Stellvertreter</li> </ul>	<b>Negative Themen:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Vertreterpolitik mit geregelten Verantwortlichkeiten</li> <li>Lösungen über Vielfalt und Eigendynamik erarbeiten</li> <li>sich umfassend fachkompetent auseinander setzen</li> <li>Mehrheitsinteresse über geregelte Verfahren sichern</li> </ul>	<b>Negative Themen:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>kurzfristiges Durchdrücken von Einzelinteressen</li> <li>willkürliche Beteiligung und Einflussnahme zulassen</li> <li>kurzsichtiges Verfolgen der individuellen Interessen</li> <li>Einflussnahme durch ideologisch geprägte Eliten</li> </ul>

Fünf Kernaussagen für Bürgerbeteiligung in Bremen konnten aus den Analysen der Ergebnisse abgeleitet werden:

1. Beim Thema Bürgerbeteiligung steuert die Gesellschaft aus Notwendigkeit auf einen grundlegenden Wandel zu.
2. Die Debatte wird über die Widersprüchlichkeit von Politik und Verwaltung als von den Bürgerinnen und Bürgern emotionalisiert.
3. Die Bürgerinnen und Bürger wissen sehr genau, was sie wollen. Die Menschen sind alles andere als politikmüde.
4. Die Uneinigkeit in der Zielsetzung durch Politik und Verwaltung erzeugt Frustration.
5. Ein Konsens besteht in dem Einsatz von Gruppenmoderation zur Entscheidungsvorbereitung.

## Speed- Dating



Unter Anleitung von Maren Ihnen diskutierten alle Gäste jeweils 1,5 Minuten mit wechselnden Gesprächspartnerinnen und Partnern über...

- Hemmnisse - Welche Probleme ergeben sich aus Bürgerbeteiligung?
- Chancen - Wo liegen Vorteile von Bürgerbeteiligung?
- Lösungen - Wie könnte Bürgerbeteiligung in Bremen funktionieren?

## Abschlussrunde



Marie Hoppe, Peter Kruse, Christoph Hoppensack und Wolfgang Golasowski diskutierten in der Abschlussrunde mit Moderator Jan-Hendrik Kamlage über mögliche Schlussfolgerungen für Bremen. Einigkeit bestand in der Zielsetzung Bürgerbeteiligung verstärkt in den politischen Alltag zu integrieren. Methoden und Werkzeuge seien hierfür ausreichend vorhanden, es müsse jedoch das Wissen darüber verbreitet werden. Durch eine Vielzahl bisheriger Beteiligungsprozesse konnten Erfahrungen gesammelt werden, aus denen wir lernen können. Im nächsten Schritt braucht es eine Verstetigung solcher Prozesse. Ob eine Vorhabenliste oder Koordinierungsstelle mögliche Wege für eine solche Verankerung im politischen Leben sein könnten, wurde kontrovers diskutiert. Der im Parlament eingereichte und mittlerweile verabschiedete Antrag: „Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung“, sieht ein fachübergreifendes Konzept für die Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung in Bremen vor. Dieser Rahmen dürfe am Ende des Tages nicht auf dem Papier stehen bleiben sondern muss mit Leben gefüllt werden,- dafür wollen sich die Diskutanten einsetzen.